

Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main
Beschlussdatum: 19.09.2018

Änderungsantrag zu EP-S-01

Von Zeile 303 bis 305 einfügen:

Blick auf die Verfassungsreform und die jüngsten Wahlen in der Türkei ist eines deutlich: Ein EU-Beitritt der Türkei ist mit der derzeit unter Präsident Erdogan verfolgten Linie zur Aushöhlung des Rechtsstaats, von demokratischen Rechten und von gesellschaftlichen Freiheiten nicht vorstellbar. Zugleich gilt: Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben. Ein formaler

Begründung

Die reine Zuspitzung auf die Person Erdogan wird weder dem Problem gerecht, noch trägt sie zur Lösung des Problems bei. Wir sollten die Kritik an der Person Erdogan nicht scheuen, sollten aber immer darauf hinweisen, dass es sich nicht um eine persönliche Fehde, sondern um eine politische Auseinandersetzung dreht.